

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

12.9.1929 (No. 212)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. B. E. K. Seyfried Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3,25 RM. Einzelnummer 10 Pf. Samstags 15 Pf. Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebenteil Breue.

Die Völkerbundstagung Beginn der Ausschussberatungen

In der Vollversammlung des Völkerbundes wurde am gestrigen Mittwoch die allgemeine Aussprache geschlossen. Die nächste Vollversammlung der Völkerbundversammlung, die nunmehr in den sechs Versammlungsausschüssen die Einzelberatung der Tagesordnung beginnt, wird Anfang der nächsten Woche am Mittwoch stattfinden.

Dem Haushaltsausschuss liegt ein Voranschlag über 27.230.298 Schweizer Franken für das Völkerbundsjahr 1929 vor. Die allgemeine Aussprache über das Budget eröffnete am Mittwoch der deutsche Vertreter, Prälat Professor Dr. Kaas, der sehr entschieden für die Bewilligung der Ausgaben zur endgültigen Organisation der internationalen geistigen Zusammenarbeit sowie derjenigen Ausgaben eintrat, die mit der Errichtung einer Radiostation für die Verkehrszwecke des Völkerbundes in Krisenzeiten und mit der Reorganisation des Beamtenkörpers des Völkerbundssekretariats zur Ermöglichung einer stetigen Personalpolitik und eines vernünftigen Schutzes der Beamten im Falle ihres Rücktritts zusammenhängen.

Der Abrüstungsausschuss hatte sich mit der Errichtung einer Radiostation für die Verkehrszwecke des Völkerbundes in Krisenzeiten zu befassen. Die schweizerische Regierung stellte eine in letzter Zeit erbaute Radiostation in der Nähe von Genf für die Abwicklung des amtlichen Verkehrs in normalen sowie in Krisenzeiten zur Verfügung; in letzterem Falle soll der Station ein Beobachter des Völkerbundes zugeteilt werden, wogegen die Vorschläge des Ausschusses des Völkerbundes für Krisenzeiten die Übernahme der Radiostation durch den Völkerbund unter Zulassung eines schweizerischen Beobachters vorsehen. Die französische Delegation trat heute wieder für den Bau einer unabhängigen, eigenen Radiostation des Völkerbundes ein, gegen welchen Vorschlag die Schweiz unter Berufung auf ihre Neutralität starke Einwendungen erhob. Die große Mehrheit des Ausschusses, darunter auch Deutschland, sprach sich auf einen englischen Antrag hin für die Übernahme der Radiostation in Krisenzeiten durch den Völkerbund aus. Bundesrat Motta meldete, unterstützt von der japanischen Delegation, Vorschläge an, die, wie er hofft, noch zu wichtigen Änderungen führen sollten.

Die Finanzierung der Landwirtschaft Erklärung des Reichsfinanzministers

Zu dem Manifest der „Grünen Front“ teilt das Reichsfinanzministerium u. a. mit: Die Eingabe der sogenannten „Grünen Front“ will offenbar den Anschein erwecken, als ob der Reichsregierung neue Mittel und Wege zur Behebung der landwirtschaftlichen Not vorgeschlagen werden. In Wahrheit ist aber allen an verantwortlicher Stelle stehenden bekannt, daß über alle die Fragen, die in dem genannten Schreiben in politischer Hinsicht vorgebracht werden, schon längst im Ministerium nicht nur Erörterungen stattgefunden, sondern bereits praktische Maßnahmen in die Wege geleitet worden sind.

Zur Finanzierung der Getreidebewegung sind sowohl dem Getreidehandel wie den Warengenossenschaften besondere, gegenüber dem Vorjahre erhöhte Kreditmöglichkeiten eröffnet worden. Die Getreidehandelsgesellschaft ist in die Lage versetzt worden, in besonders umfangreichem Maße Stützkauf vorzunehmen. Ferner sind der Landwirtschaft erhöhte Saisonkreditmittel seitens der Rentenbankkreditanstalt über die ihr angeschlossenen Kreditinstitute zur Verfügung gestellt worden.

Zugabe ist, daß der Roggenpreis jetzt wesentlich ungünstiger ist als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auch hier sind aber Maßnahmen getroffen worden, von denen Bekanntheit allerdings im Interesse der Landwirtschaft selbst abgesehen werden muß.

Die vorgeschlagenen Hilfsmassnahmen hinsichtlich des Kartoffelmarktes erfordern nach den Wünschen der Antragsteller ein Kapital von insgesamt 35 Millionen Reichsmark.

Der Erlaß der Rentenbankzinsen wird, wie wohl keinem Zweifelhaft sein kann, nur möglich sein, wenn der Youngplan zur Durchführung gelangt. Wenn daher die Führer der Bauernfront die Befreiung der Last der Tilgung der Rentenbankzinsen verlangen, so darf angenommen werden, daß sämtliche Unterzeichner damit der Annahme des Youngplans zustimmen. Das Ministerium hat nicht veräußert, rechtzeitig, und zwar bevor die Verhandlungen im Haag begannen, geeignete Vorschläge auf Befreiung der Rentenbankzinsen im Kabinett vorzulegen, die nicht nur in diesem, sondern auch außerhalb Zustimmung fanden und vorausichtlich die Grundlage für die endgültige Befreiung abgeben werden.

Ein deutsch-luxemburgischer Schieds- und Vergleichsvertrag wurde in Genf unterzeichnet. Es handelt sich dabei um einen Vertrag, den Deutschland bereits mit einer großen Anzahl anderer Staaten abgeschlossen hat.

Schweizerische Strafrechtsreform. Der schweizerische Bundesrat hat der Bundesversammlung den Entwurf des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege unterbreitet. Zum Strafrechtentwurf, der bereits Gegenstand von Verhandlungen ist, tritt die neue Vorlage als Neugestaltung des Bundesstrafprozessgesetzes.

Der Oberkommissar des Freil. plögl. gestorden. Der britische Oberkommissar des Freil. Sir Gilbert Clayton, ist in Bagdad gestorben, nachdem er kurz vorher an einem Polospiel teilgenommen hatte.

Letzte Nachrichten

Die Abrüstungsfrage Französische Bestimmungen

Brüssel, 12. Sept. (Tel.) Der Außenminister des „Echo de Paris“ spricht die Befürchtung aus, daß England das Zugeständnis, das Frankreich in der Frage der Abrüstung von der konservativen Regierung im letzten Jahre in Bezug auf die ausgebildeten Reservisten gemacht worden sei, zurücknehmen wolle, um seine Bewegungsfreiheit wieder zu erlangen. Lord Robert Cecil solle beabsichtigen, der dritten Kommission, die sich mit der Abrüstungsfrage beschäftigt, eine Entschlieung zu unterbreiten, die für die Arbeiten des Vorbereitungsausschusses maßgebend sein solle und die Punkte umfassen würde, nämlich gegenseitige Abhängigkeit der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft, ferner Einschränkung der Armeen durch Einschränkung der ausgebildeten Reservisten, der Ausbildungszeit, der Vorräte an Kriegsmaterial und des Budgets, schließlich Notwendigkeit einer Kontrolle für die Durchführung der eventuell abzuschließenden Abrüstungskonvention.

Das Blatt bemerkt hierzu, daß man vom französischen Standpunkt mit allen Punkten dieses Antrages, von der Frage der ausgebildeten Reservisten und der Ausbildungszeit abgesehen, einverstanden sein könne. Frankreich sei unbedingt genug gewesen, Deutschland durch Aufzwingung eines Berufsbesetzes eine qualitative Überlegenheit zu geben. Was würde für Frankreich bleiben, wenn ihm die zahlenmäßige Überlegenheit genommen würde?

Die Arbeitslosenversicherung

Brüssel, 12. Sept. (Tel.) Das Reichskabinett beschäftigte sich, wie das Nachrichtenbüro des R.D.Z. hört, heute vormittag mit der Reform der Arbeitslosenversicherung.

Um 11 Uhr trat sodann der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags zusammen, um sich nochmals mit demselben Problem zu beschäftigen. In der ersten Sitzung des Ausschusses ist bekanntlich die Regierungsvorlage in verschiedenen Punkten abgelehnt.

Kommunistische Ruhestörungen in Stuttgart

Stuttgart, 12. Sept. (Tel.) Gestern abend kam es aus Anlaß einer nationalsozialistischen Versammlung zu kommunistischen Störungsvorfällen. Ein kommunistischer Demonstrationszug wurde von der Polizei, die vom Summtruppel Gebrauch machte, rechtzeitig aufgehalten. Die Kommunisten drangen dann aber in einzelnen Trupps vor, belästigten und bedrohten Autos, die die Redarstraße durchfuhren, und wurden auch gegen Passanten und Fahrgäste der Straßenbahn ausfällig. Die Polizei zerstreute die findenden und johlenden, fast nur aus Jugendlichen bestehenden Gruppen.

Vor neuen russisch-englischen Verhandlungen

London, 12. Sept. (Tel.) Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ soll von britischer Seite über die norwegische Regierung eine Mitteilung nach Moskau gegangen sein, die der Frage einer neuen Zusammenkunft zwischen Henderson und einem Vertreter der Komintern zur Erörterung der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern betrifft.

Das Gesecht bei Du Denib

Paris, 12. Sept. (Tel.) Zu der gestern vom Kriegsministerium veröffentlichten Mitteilung über das Scharmöl bei Du Denib (Karlovo) berichtet die Agentur Havas ergänzend aus Khab, daß sich die Verluste insgesamt auf 22 Tote belaufen, darunter ein französischer Unteroffizier und ein französischer Schütze. Ein starkes Truppenkontingent nehme die Verfolgung der Eingeborenenabteilung auf.

Neuwahlen in Australien

Canberra, 12. Sept. (Tel.) Der Generalgouverneur hat die Auflösung des Parlaments genehmigt. Die Neuwahlen werden Mitte Oktober vorgenommen werden.

Der Reichsjustizminister an die deutsche Anwaltschaft

Reichsjustizminister v. Guérard hielt auf dem Deutschen Anwaltskongress in Hamburg eine Rede, in der er die hohe Aufgabe der Anwaltschaft hervorhob, Träger und Wächter des großen Gedankens der deutschen Rechtsseinheit zu sein.

Unsere Rechtsseinheit — führte der Minister aus — ist einer der festen Grundpfeiler unserer Rechtsseinheit. An diesem Grundpfeiler mitgebaut zu haben, kann die deutsche Anwaltschaft für sich in Anspruch nehmen. Ihr fiel die weitere größere Aufgabe zu, mitzuarbeiten an der Weiterbildung des Rechtes; denn nur dann kann der Rechtsgebante im Volke lebendig bleiben. In der Erfüllung dieser Aufgabe wird das Recht auch ein bedeutender Faktor für die Ausgestaltung und die Festigung der deutschen Republik. Die deutsche Anwaltschaft ist feinerzeit als freier Baum in die Welt gesetzt und hat dessen Schicksal: in den Jahren einer glücklichen wirtschaftlichen Entwicklung gedieh sie, in den Zeiten der Not litt auch sie besonders, und in den beengten Verhältnissen unserer gegenwärtigen Zeit hat sie zu kämpfen, wie die anderen freien Berufe. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß ich mich als Reichsminister der Justiz stets dafür einsetzen werde, daß die Anwaltschaft nicht in ihren Entwicklungs- und Betätigungsmöglichkeiten weiter eingeeignet und durch Fesseln behindert werde.

Zum Schluß gedachte der Minister der engen Verbundenheit der Anwaltschaft und des deutschen Richterstandes.

Bericht des badischen Gewerbeaufsichtsamtes 1928

Von Abg. Heinrich

Das badische Gewerbeaufsichtsamte ist wie alljährlich, mit seinem Bericht für das Jahr 1928 vor einiger Zeit an die Öffentlichkeit getreten. Dem Bericht kann die nötige Achtung wiederum nicht versagt werden. Eine Fülle von geleisteter Arbeit, von Zusammenstellung und Vergleichen, von Anregungen, die ein gutes Bild bieten und den Segen dieser Einrichtung sinnfällig zeigen. Noch nicht lange ist es her, daß die Bad. Gewerbeaufsicht ihr 50jähriges Bestehen feiern konnte. Interessant und gleichzeitig ein wirtschaftsfortschrittlicher Gradmesser sind die Berichte dieser 50 Jahre. Nicht minder anschaulich ist aber auch das Bild in bezug auf Schutz und die Gesundheit der menschlichen Arbeitskraft.

Eine erfreuliche Tatsache läßt sich gleich eingangs des Berichtes verzeichnen: es ist möglich, das Amt weiter auszubauen und mehr Aufsichtsbeamte einzustellen. Die Handelsaufsicht besteht jetzt aus einer technischen und kaufmännischen Kraft, so daß auch da die Gewähr für eine zweckentsprechende Bearbeitung der Fälle gegeben ist.

Unterziehen wir einmal die Aufstellung einer näheren Besichtigung, so ergibt sich, daß im Jahre 1928 von den Beamten im ganzen 9919 Anlagen in 10994 Besichtigungen kontrolliert und besucht wurden. In den besichtigten Betrieben waren beschäftigt 206534 Personen. Die meisten Besichtigungen entfielen auf das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe bzw. Tabakgewerbe, die wenigsten auf das Versicherungsgewerbe. Neben diesen Besichtigungen nahm das Amt noch an 452 Besprechungen bei Bezirksämtern, Stilleungsverhandlungen usw., teil.

Durch Untersuchung vorgekommener Betriebsunfälle, durch Nachprüfung leichter Unfälle und durch Besichtigungen mußten in 1236 Betrieben 3124 Auflagen erteilt werden.

Es entfallen Auflagen:

- 854 auf Verhütung gesundheitschädlicher Einflüsse, 1315 auf Unfallverhütung, 955 auf allgemeinen Schutz der Arbeiter.

Ein ganz interessantes Bild gibt die Zusammenstellung der Streiks und Ausperrungen im Jahre 1928. Die Zahl der bestreikten oder ausgesperrten Betriebe ist 234 mit einer Gesamtbelegschaft von 13287. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage beträgt 191634. Von den 28 Streikfällen, betraf die Forderung in 19 Fällen Arbeitslohn, in 17 Fällen Arbeitslohn und Sonstiges, in einem Fall nur Lohn, in einem Fall nur Sonstiges. Diese Wirtschaftskämpfe endeten in sieben Fällen mit vollem, in 13 Fällen mit teilweisem und in acht Fällen ohne Erfolg. Die Zahl der Streiktage verteilt sich wie folgt: In Kämpfen mit vollem Erfolg gingen 23208, mit teilweisem Erfolg 108072, und ohne Erfolg 60354 Tage verloren. Leider läßt sich nicht feststellen, inwieweit jeweils bei diesen Wirtschaftskämpfen friedliche Lösungsversuche vorausgingen, und welcher Art diese waren, und wie das Verhalten der streitenden Parteien war.

Ein nicht minder interessantes Bild bietet die Zusammenstellung über Betriebsstilllegungsanträge, deren Genehmigung, sowie die Beschäftigung von Ausländern. Anträge auf Betriebsstilllegung wurden 279 gestellt. Dabei kommen gemäß der Verordnung vom 8. November 1920 und 15. Oktober 1923 nur Betriebe in Frage, mit mindestens 20 Arbeitnehmern. Auf das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe entfällt der Löwenanteil, nämlich 137. Monatlich erfaßt, entfallen auf den Dezember die meisten Anträge mit 482 an der Zahl. Die Gesamtzahl der nicht landwirtschaftlichen, ausländischen Arbeiter betrug 812, Anträge waren 854 gestellt. Bei den ausländischen Arbeitern muß und wird jeder Fall einzeln geprüft und Genehmigung nur erteilt, wo die heimische Arbeiterschaft vor der Konkurrenz durch ein sie schädigendes Angebot geschützt und die Wirtschaft notwendig auf diese Kräfte angewiesen ist. Der Staatsangehörigkeit nach handelt es sich vorwiegend um deutschstämmige Ausländer. Der Anteil der übrigen Nationen ist gering.

Vergleichen wir nun noch die Aufstellung der im Jahre 1928 erfolgten Unfälle nach Berufen, Altersklassen und Geschlechtern, so bekommen wir ein äußerst vielfagenes Bild, zumal, wenn wir noch unterscheiden nach Unfällen mit Todesfolge. Männliche Unfallbetroffene sind 26234, davon tödlich 119, weibliche Unfallbetroffene 29

davon tödlich zwei. Von den männlichen Unfallbetroffenen entfallen auf die Altersstufen 30 bis 50 Jahre mit 8238. Bei den weiblichen Unfallverletzten liegt die Höchstzahl ebenfalls in der Klasse von 20 bis 30 Jahren. Nun folgt aber die Altersklasse von 16 bis 20 Jahre. Es läßt sich das daraus erklären, daß in den höheren Altersklassen weniger Frauen berufstätig sind. Unfälle mit Todesfolge entfallen am meisten auf die Altersklasse 30 bis 50 Jahre. Nach Unfallhäufigkeit betrachtet, nehmen die Verkehrsunfälle den ersten Rang ein, auch hinsichtlich Todesfolge. An zweiter Stelle folgen Unfälle bei Warentransport und Transportanlagen. Auf die verschiedensten Berufsarten verteilen sich dann die restlichen Unfälle etwas gleichmäßig. Eine unerfreuliche Ausnahme bildet allerdings das Bau- und Baunebenberberbe. Gegenüber dem Vorjahr ist die Unfallzahl um 26 Proz. gestiegen.

Besonderen Dank gebührt dem Gewerbeaufsichtsamt für die Zusammenstellung und statistische Zählung der Werkwohnungen. Aus diesem Bilde lassen sich Schlüsse mannigfacher Art ziehen. Zahlenmäßig sieht etwa das Bild so aus: In den 2743 erfassen Betrieben mit einer Gesamtbelegschaft von 189 405 männlichen und 99 530 weiblichen Personen sind 12 723 Werkwohnungen vorhanden. Die Zahl der Betriebe unter 100 Arbeitnehmern beträgt 2209 mit einer Gesamtbelegschaft von 68 336 männlichen und 41 414 weiblichen Personen und 2559 Werkwohnungen. Die Zahl der Betriebe mit dem über 100 Arbeitnehmern ist 534, mit einer Belegschaft von 121 069 männlichen und 58 116 weiblichen Personen und 10 164 Werkwohnungen. Auf Berufsgruppen verteilt, weist die Textilindustrie die meisten Werkwohnungen auf. Es folgt dann die chemische Industrie. Den niedrigsten Satz hat die Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie zu verzeichnen. Hier kommt erst auf 610 bis 615 Arbeitnehmer eine Werkwohnung, während in der Textilindustrie schon bei 58 bis 60, und in der chemischen Industrie bei 100 Arbeitnehmern, dieses der Fall ist.

Noch stärker verschiebt sich das Bild, wenn wir die Werkwohnungen nach Amtsbezirken verteilen. In den Amtsbezirken Siedingen, Schopfheim, Lörrach, also ausgesprochene Textilindustriegebiete, fällt auf sechs bis acht Arbeitnehmer schon eine Werkwohnung, während dieses bei Jahr als dem nach dieser Hinsicht ungünstigen Bezirk erst bei 90 Personen zutrifft.

Soweit ründet sich im großen und ganzen das Bild nach der zahlenmäßigen und statistischen Seite. Ganz interessant und lehrreich sind die Bemerkungen wirtschaftlicher und sozialer Art, die dem Bericht beigegeben sind. Uns interessiert zunächst einmal, was das Gewerbeaufsichtsamt hinsichtlich des Betriebsrätewesens zu sagen habe. Es ist eine wesentliche Veränderung gegenüber früheren Jahren kaum eingetreten. In den größeren und mittleren Betrieben funktionieren die Betriebsräte gut, in den kleinen findet man vielfach noch Widerstand gegen die Einrichtung. Der weit überwiegende Teil der Betriebsräte gehören einer Arbeitnehmerorganisation an. Die vom Betriebsrätegesetz gestellten Aufgaben wurden zum größten Teil in Gemeinschaft mit den Unternehmern friedlich gelöst, und zwar war die Zusammenarbeit eine zufriedenstellende. Die Betriebsräte haben sich im großen und ganzen bewährt.

Das Tarif- und Lohnwesen hat bedeutende Neuerungen erfahren. An Stelle von Ortsstarifen trat verschiedentlich der Bezirks- und Landesstarif. Reichstarife bestehen für verschiedene Berufe.

Ein unrühmliches Kapitel bildet der Abschnitt: Hausarbeit. Was an sozialem und wirtschaftlichem Elend sich dort noch zeigt, ist sehr stark. Leider ist es so, daß Änderungen kaum möglich sind, oder doch nur unter den allergrößten Opfern, die fast durchweg die Heimarbeiterschaft zu tragen hätte.

Die soziale Lage der Arbeiterschaft in Baden hat eine merkwürdige Veränderung erfahren. Das reit proletarische im Sinne, das Proletariat Leute sind, die rein nichts besitzen, wie ihre Arbeitskraft — trifft immer weniger einheitlich zu. Eine leichte Besserung der Besitzverhältnisse macht sich in den proletarischen Schichten bemerkbar. Diese Besserung ist aufrichtig zu begrüßen, und jedem ehrlich denkenden Menschen muß es Herzensbedürfnis sein, diese Entwicklung weiter fortschreiten zu sehen. Der Staat darf nichts tun, was diese Entwicklung hemmt.

Der ganze Bericht des Gewerbeaufsichtsamts ist schließlich eine gute und fleißige Arbeit. Man muß dem Amt dankbar sein, für die Durchleuchtung der Verhältnisse von den verschiedensten Seiten. Besonderen Dank gebührt dem Hauptverantwortlichen des Berichtes, dem Oberregierungsrat Emmele.

Ein „Edener-Bag“ in Amerika. Ein Bergfattel im östlichen Kohlengebiet ist — wie aus San Diego (Kalifornien) gemeldet wird — zur Erinnerung an die Überfliegung durch das Luftschiff „Graf Zeppelin“, „Edener-Bag“ getauft worden. Ein Armeeflugzeug, in dem sich Major Karl Spatz sowie der Kapitän der „Eden“, de la Perrière, befanden, überflog den Bag und warf einen Fallschirm ab, an dem eine deutsche und eine amerikanische Flagge befestigt waren.

Der internationale Krankenversicherungs-Kongress wurde in Zürich eröffnet. 100 Delegierte von 32 Verbänden nehmen teil, die 30 Millionen Versicherte umfassen. Die Delegierten kamen aus 18 Staaten. Der Kongress wählte zum Präsidenten Eberisch (Österreich), zu Vizepräsidenten Lehmann vom Hauptverband deutscher Krankenkassen und Petit (Frankreich). Zweitausend Arbeiter der Lederindustrie in Wien haben wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen die Arbeit niedergelagt.

Die Aufklärung der Bombenanschläge

Die Ermittlungen der Polizei

Über die Aufklärung der Bombenattentate wird noch berichtet, daß sie durch Zusammenwirken der preussischen, hamburgischen und mecklenburgischen Polizei erfolgte. Vor einigen Tagen nun ging die Nachricht ein, daß ein Auto nach dem Lüneburger Attentat aus der Gegend von Heide mit verdächtigem Inhalt unterwegs sei. Man verlor aber wieder die Spur des Wagens. Die ganze Gegend von Neumünster bis nach Lüneburg wurde nun mit einem Fahndungsnetz überzogen. Es gelang dann, das verdächtige Auto wieder zu beobachten, als es nach Hamburg fuhr. Die Polizei konnte das Ziel des Wagens in Hamburg feststellen, dieses Ziel war die Wohnung des Bankbeamten Schrader. Man nahm dort eine Hausdurchsuchung vor und fand ein verpacktes Paket, das sich als eine neu angefertigte Mörnermaschine entpuppte, die für einen in nächster Zeit geplanten Anschlag bestimmt war. Schrader wurde von der Hamburger Polizei sofort verhaftet. Das Auto aber wurde weiter verfolgt. Es fuhr nach Heide, wo der Fahrer eine Unterredung im Gebäude der „Landvolkzeitung“ hatte. Sodann fuhr der Wagen weiter nach Krefeld. Jetzt griff die Polizei zu. Der Autofahrer wurde, wie schon berichtet, als ein früherer, angeblich aus Stuttgart stammender „Polizeihauptmann“ Nidels festgenommen. Er wurde verhaftet und in seiner Wohnung schwer belastendes Material beschlagnahmt.

Auf Grund dieses Materials nahm die Polizei dann die weiteren verdächtigen Personen fest, darunter den früheren Oberleutnant Wälsche, den Herausgeber der „Landvolkzeitung“, und den Redakteur der „Landvolkzeitung“, Bruno von Salomon. In den am schwersten Belasteten unter den Verhafteten gehört auch der Uhrmacher Fleck, der stark verdächtig ist, den Mechanismus der Mörnermaschine hergestellt zu haben. Endlich wurden noch drei Angeklagte der „Landvolkzeitung“, Kuhl, Dammann und Jöhnen, festgenommen. Von Dammann konnte bereits festgestellt werden, daß er bei dem letzten Attentat in Hohenweidh aktiv beteiligt war. In Breslau wurden die beiden Landvolkführer Samlens und Rothmann verhaftet.

Ungeheuerlich steht fest, daß der Kreis, der jetzt von der Polizei festgenommen ist, dem rechtsradikalen Lager angehört. Einige wie Herr Tschow und die Brüder Salomon stammen aus dem Kreise der Organisation Consul, andere, wie die in Heide verhafteten gehören zu dem Kreise der radikalen Landvolk-Bewegung, wieder andere, wie der in Berlin verhaftete Werner Laß, gehören der rechtsradikalen Freischar Schill an.

Die Verhafteten

Der in der Bombenaffäre verhaftete „Polizeihauptmann a. D.“ Nidel ist der Leiter der Bach- und Schlichtgesellschaft in Heide. Den Titel eines Polizeihauptmanns a. D. hat er sich selbst angeeignet. Er hatte in der Zeit der oberdeutschen Wirren dortselbst eine Abwehrkompanie aufgestellt und sich als deren Führer mit dem Hauptmannstitel ausgestattet.

Die Verhaftung des langjährigen Landvolkführers Wälsche hat in den Kreisen der Landvolkbewegung eine Sensation hervorgerufen. Der Landvolk selbst hat eine Erklärung herausgegeben, in der er von Wälsche abrückt und feststellt, daß dieser seit einiger Zeit nicht mehr Geschäftsführer des Landvolkes sei.

Aber Hans Gerdt Tschow ist noch zu berichten, daß er im Zusammenhang mit der Ermordung Rathenaus vom Staatsgerichtshof zu vier Jahren und einem Monat Gefängnis verurteilt wurde, und zwar wegen Weisheit. Sein Bruder Werner verübte augenblicklich die 15jährige Zuchthausstrafe, zu der er als Führer des Nordostens verurteilt worden war. Im Jahre 1927 gehörte Hans Gerdt Tschow zu dem Kreis um Ehrhardt, gegen den ein Verfahren wegen Fortsetzung des verbotenen Wiking-Bundes eingeleitet war. Das Verfahren ist aber infolge der Amnestie von 1928 eingestellt worden.

Aber Ernst von Salomon wird noch bekannt, daß er von Beruf Schriftsteller, in Kiel geboren und 27 Jahre alt ist. Er hatte in Berlin drei Wohnungen. Werner Laß ist ebenfalls 27 Jahre alt.

Der Kreis um den Hilfsredaktor Erich Timm, dem der Arbeiter Mittelsdorf, der Schlosser Kurt Rothauscher und der Mechaniker Heinrich Bauder angehören, hat aller Wahrscheinlichkeit nach mit den Anschlüssen nichts zu tun, doch ist festgestellt, daß sie sich mit der Herstellung von Sprengstoff usw. beschäftigt haben.

Weitere Verhaftungen

W.B. Hamburg, 12. Sept. (Tel.) Die Vernehmung der im Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen verhafteten Personen im Altonaer Polizeipräsidium wird fortgesetzt. Inzwischen sind weitere Verhaftungen in der Provinz vorgenommen worden. So wurde heute früh in Heide der Wirt des „Heider Hofes“, Lothar Gengelast, unter dem Verdacht der Mittäterschaft bzw. Mitwisserchaft verhaftet. Er war ein intimer Freund des verhafteten Nidel. In Heide wurden gestern Hausdurchsuchungen sowohl in der Schriftleitung der nationalsozialistischen „Schleswig-holsteinischen Tageszeitung“ wie in den Wohnungen der Redakteure dieser Zeitung, Uhe und Ehlers, vorgenommen. Beide waren nicht in Heide. Sie wurden in Hamburg festgenommen.

Ein Bericht von der Verhaftung des preussischen Landtagsabgeordneten Lohse bestätigt sich nicht.

Freilassung von drei Verhafteten

W.B. Berlin, 12. Sept. (Tel.) Die Vernehmung der gestern in einem Café in der Leipziger Straße festgenommenen drei Personen ergab, daß sie zwar in enger Verbindung mit den in Schleswig-Holstein und in Berlin festgenommenen Personen stehen, daß aber der Verdacht einer Beteiligung an den Bombenattentaten sich nicht bestätigt hat. Karl Heinz von Winterfeldt, Horst von Salomon und der Flugzeugführer Willy Gähler werden deshalb im Laufe des heutigen Tages wieder entlassen werden.

Englische Blätterstimmen

W.B. London, 12. Sept. (Tel.) Die gesamte Presse veröffentlicht an erster Stelle eingehende Berliner Berichte über die im Zusammenhang mit den Bombenattentaten vorgenommenen Verhaftungen. Allgemein wird der deutschen Polizei hohe Anerkennung gezollt, die, wie „Daily Express“ in Fettdruck auf der vordersten Seite mitteilt, das „Komplotz zum Sturz der Republik“ zum Scheitern gebracht habe.

Auch „Daily Mail“ spricht von einer „großen Verschwörung gegen die deutsche Republik“. Redaktionell äußert sich bisher nur „Morning Post“, die schreibt: Die kürzlichen Bombenexplosionen in Deutschland dürfen nicht leicht genommen werden. Es ist wenigstens befriedigend, zu wissen, daß die Polizei in der Lage war, so schnell und wirksam gegen diese verächtliche Form politischer Agitation vorzugehen. Der Berliner Korrespondent der „Times“ schreibt aber: Die kürzlichen Attentate waren so amateurhaft in Plan und Durchführung, daß man sie nur als Werk einer Gruppe unverantwortlicher Extremisten anzusehen vermag. Der Berliner Korrespondent der „Daily Mail“ bemerkt: Diese Terroristen sind nur Werkzeuge in den Händen derer, die eine große Verschwörung gegen die Republik leiten.

Das Volksbegehren der Rechten Reichsgesetz und Weltpolitik

Der „Reichsausschuß für das Volksbegehren“ erläßt eine Erklärung, wonach die Vorbereitungen für das Volksbegehren abgeschlossen sind und dieses einem Gesetzentwurf zugrunde gelegt ist, der grundsätzliche außenpolitische Forderungen enthält, die auf der Tatsache fußen, daß Deutschland nicht die Schuld am Kriege trägt. Die Befreiung Deutschlands von diesem Vorwurf müsse die Grundlage der deutschen Außenpolitik sein. Voraussetzung für eine wirkliche Liquidierung des Krieges sei die Anerkennung der deutschen Lebensnotwendigkeiten, zu denen vor allem die Räumung der besetzten Gebiete sowie die Rückkehr des Saargebietes und die Rüstungsangleichung zwischen den gerüsteten europäischen Mächten und dem entwaffneten Deutschland gehöre.

Die dem Reichsausschuß angeschlossenen Parteien würden im Reichstag bei der Beratung der für die Saager Vereinbarungen notwendigen Gesetze die Ausföhrung ihrer Verträge beantragen und dem Reichsinnenminister einen Gesetzentwurf einreichen, in dessen erstem Paragraphen die Reichsregierung verpflichtet werden soll, den auswärtigen Mächten unverzüglich davon Kenntnis zu geben, daß Deutschland das erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages, das der geschichtlichen Wahrheit widerspreche und auf falschen Voraussetzungen beruhe, für völlerrechtlich unverbindlich erachtet. Ferner hat die Reichsregierung nach § 2 darauf hinzuwirken, daß das Kriegsschuldanerkenntnis des Artikels 231 förmlich außer Kraft gesetzt und die besetzten Gebiete unverzüglich und bedingungslos unter Aufsicht jeder Kontrolle unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Saager Konferenz geräumt werden.

Nach § 3 dürfen von der Regierung keine neuen Lasten und Verpflichtungen übernommen werden, die auf dem Kriegsschuldanerkenntnis beruhen. Nach § 4 unterliegen Reichstagsler und Minister sowie Bevollmächtigte des Deutschen Reiches, die entgegen den Vorschriften des § 3 Verträge mit auswärtigen Mächten schließen, der Bestrafung. § 5 bestimmt, daß das Gesetz mit seiner Verkündung in Kraft tritt.

Von den Blättern, die zu dieser Erklärung Stellung nahmen, schreibt die „Germania“:

„Man ist eigentlich erstaunt, daß der Reichsausschuß solange gebraucht hat, bis er diesen Gesetzentwurf der Öffentlichkeit vorlegen konnte. Dies ist doch dieses Dokument einer gespielten politischen Raubrität wie der Weihnachtswunschkarte eines unerfahrenen Kindes, das sich keine Gedanken über die Erfüllungsmöglichkeit seiner Ansprüche macht. Aber die außenpolitischen Schwierigkeiten seines Programms hilft sich der Reichsausschuß mit der in ihrer Einfachheit geradezu bestehenden Formel: „... tann und muß erreicht werden“, hinweg. So groß auch unser Respekt vor der Gesetzgebung des Reiches ist, so wissen wir doch, daß sich mit einfachen Reichsgesetzen keine Weltpolitik machen läßt. Das Traurige ist nur, daß hier Lebensfragen unseres Volkes in einer Weise zum innerpolitischen Kampfsujet der Parteien gemacht werden, die den wahren Interessen der Nation nur in höchstem Maße abträglich sein kann.“

Fahrt des „Graf Zeppelin“ ins Industriegebiet

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Mittwoch nachts in Friedrichshafen um 23.18 Uhr zu der bereits angekündigten Fahrt nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet mit 28 Passagieren an Bord aufgestiegen. Das Luftschiff schlug sofort nördliche Richtung ein.

Nachts halb 1 Uhr befand sich das Luftschiff über Stuttgart. Nachts 2 Uhr erschien es über Frankfurt a. M., am 8.10 Uhr über Hannover; es machte dort eine Schwenkung und nahm Kurs auf Fulda. Kurz vor Schlüchtern bog das Luftschiff ab, erreichte 3.50 Uhr Gießen und passierte kurz nach 4 Uhr die Höhenzüge bei Dillenburg in Richtung auf Siegen, die südlichste Stadt Westfalens, die 4.25 Uhr überflogen wurde. Weitere Ortsmeldungen kamen aus Düsseldorf (6 Uhr), Krefeld 6.30, Eberfeld 7 Uhr.

7.30: Iserlohn, 8.40: Dortmund, 9.05: Essen, 9.15: Mülheim. Das Luftschiff besuchte auf seinen Schleifenfahrten über dem Industriegebiet nunmehr Städte zweimal.

Dann wurden Hannover und Braunschweig besucht. Ob Berlin besucht wird, steht noch nicht fest. Der Zeppelin will dann die Rückreise nach Friedrichshafen über Magdeburg, Eisenberg, Weimar, Eisenach, Koburg, Rothenburg, Heidenheim und Ulm machen.

Glänzende Fahrt

W.B. Essen, 12. Sept. (Tel.) In ruhiger und schneller Fahrt nahm das Luftschiff „Graf Zeppelin“ seinen Weg über Westdeutschland. Um 7.25 Uhr näherte sich der Weltumsegler, fliegen überfliegend, dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet. In schneller Fahrt wurden die Städte Dortmund, Bochum, Essen, Mülheim (Ruhr), Sulzbach, Oberhausen überflogen. Von dort lernte das Luftschiff in geringer Höhe, die Kruppische Gießfabrik beglückend, zurück und nahm seinen Kurs auf Gelsenkirchen-Duer und Redlinghausen, die nordwestliche Grenze des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, wo es um 9.48 Uhr eintraf. Von dort lernte der „Graf Zeppelin“ seine Fahrt nach Nordwestdeutschland in Richtung Münster i. Westfalen fort.

W.B. Hannover, 12. Sept. (Tel.) Nachdem das Luftschiff Hildesheim um 11.20 Uhr verlassen hatte, traf es um 11.44 Uhr über Hannover ein, begeistert begrüßt von einer vieltausendköpfigen Menge, die das Luftschiff auf den Straßen und Plätzen, auf den Dächern und an den Fenstern erwartet hatte. Das klare, herrliche Wetter ermöglichte eine gute Sicht. „Graf Zeppelin“ verließ um 11.48 Uhr die Stadt in östlicher Richtung und erreichte Braunschweig um 12.10 Uhr.

Die Krise im Versicherungsgewerbe

Eine Anfrage der Demokraten

Die Deutsche demokratische Reichstagsfraktion hat eine parlamentarische Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, in der es heißt: Die Krisis in der Frankfurter Allg. Versicherungsges. hat Mängel offenbart, deren Beseitigung im Interesse des deutschen Versicherungswesens geboten erscheint. Wir fragen die Regierung:

1. Haben die bisherigen Prüfungen der Regierung ergeben, daß die Mängel, soweit sich die staatliche Aufsicht als unzulänglich erwies, auf Mängel des Reichsgesetzes über private Versicherungsunternehmen oder auf Mängel des Aufbaues und der Verwaltungsmethoden des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung oder auf Verlagen der mit der Aufsicht betrauten Personen zurückzuführen sind?

2. Welche Folgerungen hat die Regierung aus dem Ergebnis ihrer Prüfungen gezogen und welche Vorschläge will sie machen?

3. Wird die Regierung aus den Vorgängen auch einen Anlaß herleiten, die Reform des Aktienrechtes, insbesondere zur Erhöhung der Publizität der Gesellschaften und der Konzern- und zur Verstärkung des Aktionärschutzes zu beschleunigen?

Reklame und Journalismus

In der Folge der Vorträge, die im Rahmen des kürzlich in Berlin abgehaltenen Weltreklamefestivals sich mit den vielerlei Problemen des modernen Werbewesens auseinandergesetzt haben, interessiert das Referat des Redakteurs Professor Dr. Emil Böhmer (Berlin), der über „Reklame und Journalismus“ sprach. Er führte u. a. aus:

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat den Delegierten seines Landes zu diesem Kongresse eine scharfe und nützliche Karole mitgegeben: Er hat ihnen geraten, für die ethische Wertung der Anzeige einzutreten, Sorge zu tragen, daß jede werbende Angabe wahr sei, und daß ein ehrlicher Wettbewerb Wahl und Erfolg aller Werbemittel bestimme. Wer diese ethische Forderung durchsetzen will, kann unmöglich vorbeigehen an dem Problem: Reklame und Journalismus.

Die Reklame in der Form der Anzeige und der Journalismus haben gemeinsam die moderne Tageszeitung geschaffen. Sie haben damit gemeinsam dem heutigen Leben das stärkste Ausdrucksmittel seines öffentlichen Willens und öffentlichen Meinens gegeben. Erst seit die Presse ihre Meinungsfreiheit erschaffen hat, konnte auch der Anzeigenkellner die breitesten Öffentlichkeit erschließen werden; erst der Ertrag der Anzeige wiederum gab dem Zeitungswesen die wirtschaftliche und technische Kraft, seine Nachrichten in Blitzgeschwindigkeit um den Erdball zu sammeln und seine Nachrichten und Meinungen wieder zu verbreiten. Reklame und Journalismus haben sich also gegenseitig in der Zeitung ihre Tribunen errichtet. Sie tragen einander, und dennoch: sie sind streng voneinander getrennt.

In dieser strengen Trennung zwischen dem Anzeigenteil einer Zeitung und ihrer journalistischen Arbeit liegt für beide der größte Erfolg. Aber auch die größte Gefahr. Gemeinsam ist beiden die Werbeanzeige. Aber gänzlich verschieden ist ihr Werbehalt. Ob der Journalist in der Meinungsalternative steht oder Nachrichten sammelt und vermittelt, überall sind es allgemeine, sind es öffentliche Interessen, denen er dienbar ist. Wo aber die Reklame auftritt, ist zunächst immer ein privates Interesse Triebkraft der Werbeanzeige. Dieser Wettbewerb muß ehrlich sein. Er muß als „fair play“ mit guten Mitteln und unter gleichen Voraussetzungen geführt werden. Wenn aber in diesem gesunden und ganz natürlichen Wettstreit die Leistungen der Kämpfenden sich steigern, Erzeugnisse ausbilden und Wertvolles sich behauptet, so ist es unerträglich, wenn hier Kämpfer das Wasser schütten, regelwidrige Methoden anwenden und unerlaubte Hilfsmittel benutzen.

Ein derart unerlaubtes Hilfsmittel ist die Vermengung von Reklame und Journalismus. Unzulässig auch für den Journalismus, der dadurch seine allgemeinen Ziele dienende Arbeit privatwirtschaftlich mißbrauchen läßt, unzulässig für die Anzeige vor allem deswegen, weil sie irreführend im journalistischen Kleid erscheint, also nicht nur losenlosen Anzeigenraum zu gewinnen sucht, sondern auch in einem privaten Wettbewerb öffentlichen Vorzügen regelwidrig nutzt. Also in beiden Fällen: Verletzung falscher Tatsachen.

In beiden Fällen auch höchst gefährlich für die journalistische wie für die wirtschaftlichen Aufgaben der Zeitung. Man kennt die Veruche, vom Anzeigenteil her den redaktionellen Teil zu beeinflussen. Sie sind sehr mannigfaltig und treten in allen Mäßen auf. Bald in freundlicher Selbstverständlichkeit, bald laut fordernd. Wenn derartige Veruche sich steigend durchsetzen, so bedeuten sie das Ende der Tageszeitung in ihrer gegenwärtigen Form und damit das Ende unseres besten Reklameträgers. Wenn der redaktionelle Teil verpackt dem Anzeigenteil dienstbar gemacht wird, so ist die tiefste Ursache jedes publizistischen und jedes reklametechnischen Scheiterns der Zeitungsdarstellung; das Vertrauen des Lesers. Für die Beziehungen zwischen Journalismus und Reklame gilt in der Endwirkung unüberwindlich der Grundsatz:

Die Anzeigentätigkeit des Blattes ist am stärksten, das dem Anzeigenteil keine Einwirkung auf seine journalistische Arbeit gestattet. Je größer die publizistische Unabhängigkeit, um so größer der Anzeigenerfolg.

Dies Grundgesetz muß jeder journalistischen und jeder anzeigenerfolgreichen Arbeit vorausgestellt werden. Wo große Wirtschaftserfolge Einzelner erzielt werden, wo hervorragende privatwirtschaftliche Erfolge Gegenstand allgemeinen und öffentlichen Interesses geworden sind, pflegt die Zeitung auch im redaktionellen Teil abganzelnd darüber zu berichten. Wer wollte z. B. die verkehrswirtschaftlichen Erfolge eines neuen Schiffstyps von der redaktionellen Besprechung ausschalten. Aber derartige Ereignisse zu berichten, liegt ganz einfach in den organischen Gesetzen aller journalistischen Arbeit. Aber jedes der Zeitung aufgewogene journalistische Anzeigenerfolgsmittel, alle Reklamemotoren, redaktionellen Hinweise und Textreklamen werden durch gesunde Zeitungen ganz von selbst in eine Form gebracht, zusammengefaßt und gekennzeichnet, daß der Leser sie sehr bald als das nimmt, was sie sind: kein journalistischer Text! Woher Reklame zur Anzeige! Das Gegenteil würde den Verlust des Vertrauens in den redaktionellen Teil und damit das Ende der Zeitung bedeuten. Zeitungsleute und Reklameleute haben also ein gemeinsames Interesse daran, gegen Bestrebungen Front zu machen, die ihnen den Anzeigenerfolg der Zeitung gefährden, gegen Organisationen und Personlichkeiten anzugehen, die eine Ausnutzung des redaktionellen Teils zur privatwirtschaftlichen Werbung sich zur Aufgabe gemacht haben. Es ist ein Zeichen gefährlicher Begriffsverwirrung, daß es solche Organisationen und solche Persönlichkeiten überhaupt gibt.

Hier liegt auch eine Bildungsaufgabe. Für die innere Verbindung zwischen publizistischer Freiheit und Anzeigenerfolg sollte man schon dem künftigen Werbetreibenden Verständnis beibringen. Ebenso wie der künftige Journalist lernen und wissen muß, wie bedeutsam für die wirtschaftliche und technische Ausgestaltung seiner Zeitung und damit für die Wirkungswirkung seiner eigenen Arbeit der Anzeigenteil ist, ebenso muß der Werbetreibende der journalistischen Arbeit mit Sinn und Verständnis gegenüberstehen. Er muß wissen, daß diese Arbeit von öffentlichen Interessen bestimmt und in öffentlicher Verantwortung geleistet ist. Es muß ihm in Fleisch und Blut übergehen, daß jede Verschleierung der klaren Scheidung zwischen dem redaktionellen und dem Anzeigenteil eine Verminderung der Wirkungskraft der Zeitung ist, die beiden Aufgaben gleichermaßen dient. Daher sollten auch Zeitungswissenschaft und Werbewissenschaft in der Bearbeitung dieser Fragen zusammenwirken, weil sie für das Zeitungswesen wie für das Werbewesen von gleicher lebenswichtiger Bedeutung sind.

So liegen in den Beziehungen zwischen Reklame und Journalismus für die Träger beider Arbeitsgebiete die höchsten beruflichen Aufgaben. Möchte die Tatsache, daß die Unabhängigkeit der journalistischen Arbeit auch die höchste Wirkung der Anzeigentätigkeit verbürgt, in allen Teilen der Welt die Ethik der Berufsgruppen bestimmen.

Das Freiburger Stadttheater eröffnete seine diesjährige Spielzeit mit Wagners „Nienzi“. Die von Arthur Schneider in Szene gesetzte und von Friedrich Herzfeld geleitete Aufführung fand harten Beifall. In den tragenden Rollen sah man Bruno Lorell als Nienzi, Pauline Strehl als Adriano und Franz von Dohay als Irene.

Ein Millionenkraftwert

Die Schweiz entwickelt auf dem Gebiete der Aufbarmachung ihrer großen Wasserkraftreserven eine lebhafteste Tätigkeit und beginnt leoben mit den Arbeiten für den Bau der Digenze-Werte. Die Digenze durchfließt das Tal des Dyr in den Walliser Alpen, welches seinen Namen einer alten Sage verdankt, wonach zehn Briganten, welche die Gegend unsicher machten, dort ihren Unterschlupf fanden. In ihrer Vernichtung habe man dann die Wälder, die ihnen als Deckung dienten, in Brand stecken müssen.

Der Stauffee wird auf 2000 Meter Höhe liegen, von wo die Druckleitung ins Rhonetal, in die Nähe von Sion führen wird. Der Höhenunterschied von 1750 Meter wird das höchste Gefälle der Welt darstellen, übertrifft es doch um zirka 100 Meter noch dasjenige von Fullj (ebenfalls im Wallis), welches gegenwärtig den Weltrekord innehat. Das zu erstellende Kraftwerk wird 180 000 PS liefern. Die gesamten Baukosten sind mit 78 Mill. Schweizer Franken veranschlagt.

Die 500 000-Reichsmark-Prämie der Preuß. Staatslotterie fiel auf Nr. 127 183, die in der ersten Abteilung in Bieteln in Köln, in der zweiten Abteilung im Berliner Norden gespielt wird.

In den auf dem Bremer Flugplatz gelegenen Jode-Wass-Flugzeugwerken brach gegen Mitternacht Großfeuer aus. Die Werkstätten sind völlig ausgebrannt. Zahlreiche größere Flugzeuge, darunter neue Konstruktionen vom Typ „Möbe“ und „Buchfin“ verbrannten.

Die Familie des Hausmeisters Schwierich in Breslau hatte ein Gericht Filze gestoffen, die von einer Haushälterin gekauft worden waren. An den Folgen sind die 9 und 5 Jahre alten Knaben verstorben.

Der Saarbrücker Polizei ist es gelungen, den Mörder des Dampfwalzenführers Nikolaus Lorig aus Badrill zu verhaften. Es ist der 20jährige Schlosser Franz Wagner aus Schiffweiler. Der Verhaftete hat die Tat bereits eingestanden. In Winsen a. d. Lahn (Prov. Hannover), wurde der Führer der Randvolkbewegung im Kreise Winsen, Gutsbesitzer Amandus Sid aus Mönne, verhaftet.

Badischer Teil

Beseitigung der Schiffsfahrts Hindernisse im Rhein bei Rembs

1. Bekanntlich hat der Bau des Staumehres bei Rembs, unterhalb Basel, zu einer ungewöhnlichen Behinderung der Rheinschiffahrt geführt, da für die Schiffahrt nach und von Basel nur ein zirka 30 Meter breiter Durchlaß offen gelassen wurde, der den Großschiffsverkehr auf dem Rhein praktisch unmöglich machte; denn es zeigte sich, daß das Passieren der Baustelle eine große Gefahr für die Schleppzüge darstellte und einigen Schiffen bereits zum Verhängnis geworden war. Dadurch wurde nahezu die gesamte Schiffahrt auf dem Rhein-Rhône-Kanal abgedrängt, was den Franzosen willkommener Anlaß bot, die Notwendigkeit ihres Seitenkanalprojektes darzulegen und zu propagieren.

Die Widerstände und Proteste der Schiffahrttreibenden gegen die Unterbindung der Schiffahrt auf dem Rhein waren bereits früher groß, und auch die schweizerischen Bundesbehörden legten bei der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt Protest ein. Diese mußte der Sache auf den Grund gehen, da sie selbst Frankreich verpflichtet hatte, den Bau des Rembscher Wehres zu organisieren, daß die Rheinschiffahrt in keiner Weise gestört werde. Die in ihrem Auftrage den Rhein besuchenden technischen Sachverständigen nahmen auch den Wehrbau in Augenschein und stellten fest, daß die Schiffahrttreibenden bei diesem Zustand die Verantwortung für die gefahrlose Fahrt durch die Baustelle mit Schleppzügen nicht übernehmen könnten, so daß die Großschiffahrt praktisch unterbunden sei.

Unter dem Druck dieser Widerstände hat nun Frankreich die Hindernisse beseitigt. Die beiden Pfeiler sind seit einigen Tagen niedergelegt; damit wurde die Öffnung von 30 Meter auf 49 Meter verbreitert. Wenn auch diese Öffnung den gestellten Forderungen nicht ganz entspricht, so wird sie doch die Aufnahme der Großschiffahrt auf dem Rhein ermöglichen lassen. Immerhin sind die für die Schiffahrt auf dem Rhein günstigen Sommermonate ungenützt vorbeigegangen, da sich nahezu der gesamte Verkehr auf dem Kanal abgewickelt hat.

Wie verlautet, will Frankreich den Wehrbau so beschleunigen, daß die Pfeiler 2 und 3 bis Ende 1930, 4 und 5 bis Ende 1931 fertiggestellt sind.

Minister Dietrich spricht in Mannheim

Auf Einladung der Handelskammer Mannheim spricht Reichsernährungsminister Dr. Dietrich am Freitag, den 13. September, in Mannheim über „Die Lage am Getreidemarkt und die Monopolbestrebungen“.

Aus der badischen Landwirtschaft

Verwendung von Fallolbit. Es gibt in diesem Jahre bei der schlechten Verwendungsmöglichkeit sehr viel Fall- und anderes Kernobst, das bekannt werden könnte. Den meisten Landwirten ist — worauf die Badische Landwirtschaftskammer hinweist — noch nicht bekannt, daß nach dem am 1. August d. J. in Kraft getretenen neuen Monopolvertrag das Brennen auf Ablieferung möglich ist. Es wird den Kleinbrennern bis 4 Zentimeter Jahreserzeugung 2 RM 14 Pf je Liter Weingeist (für den 1. Oktoliter, für die weiteren 2 RM 1 1/2 Pf) bei Ablieferung an die Reichsmonopolverwaltung bezahlt. Ablieferungsabgabe ist beim Zollamt bei der Brennmeldung mitzutellen. Branntweinsteuer braucht in diesem Falle nicht entrichtet zu werden.

Tagungen

Der Reichsverband der Katakatenlagununternehmen e. B. mit Sitz in Köln, hält seine diesjährige Generalversammlung in der Zeit vom 13. bis 16. September in Freiburg i. Br. ab. Die Tagung beginnt am 12. September mit einer Besichtigung von Baden-Baden. Eine Studienfahrt durch die Schweiz ist als Abschluß vorgesehen.

Schweizerischer Laubstummeltag. Unter Beteiligung der Länder Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Rhaffau und der Pfalz findet am 28. und 29. September in Heidelberg ein Schweizerischer Laubstummeltag statt, dem am 28. September ein Begrüßungsabend vorausgeht und am 29. September mit einem Sommerfest des Laubstummelvereins Heidelberg abgeschlossen wird. Die bekanntesten deutschen Laubstummelführer werden Referate halten. Es ist mit einer Teilnehmerzahl von etwa 300 Laubstummeln zu rechnen. Alle Anfragen seitens der badischen Laubstummeln sind an den 1. Vorsitzenden, Buchdruckermeister Gaberdiel, Wiesloch, zu richten.

Der Nordostschweizerische Verband für Rhein-Robensee wird am 21. September in Rheinfelden seine Generalversammlung abhalten. Die Tagesordnung enthält u. a. einen Vortrag des Wasserrechtsgenieurs Oberwälder (Aarau) über die Ausichten für den Weg Basel-Robensee.

Aus der Landeshauptstadt

Badisches Landestheater. In der am Samstag, dem 14. September, als erste Vorstellung der neuen Spielzeit in Szene gehenden Neueinstudierung des ersten Teils von Goethes „Faust“ ist das gesamte Schauspielpersonal nebst dem Chor- und Balletkörper beschäftigt. Die Titelrolle spielt zum erstenmal hier Paul Dietl. In den Rollen des „Gretchen“ werden die Damen Bertram und Schreiner, in der des „Valentin“ die Herren von der Trend und Dahlen, in der des „Mephisto“ die Herren Just und Graf von Vorstellung zu Vorstellung in der Weise abwechseln, daß die genannten Rollen an den ersten beiden „Faust“-Abenden, am Samstag und Sonntag (2. Teil), von Frau Bertram und den Herren von der Trend und Just gespielt werden. — Die Spielleitung hat Felix Baumbach. Torten Hecht erstellte die Bühnenbilder, Margarete Schellenberg die kostümliche Ausstattung.

Das Festschen! sowie Experimente der Gedankenübertragung, der praktischen und intuitiven Graphologie, der Telepathie (letzte Vorstufe des Hellsehens), und des Gomboloh (indische Methode der Nervenerkennung) wird am heutigen Donnerstag, den 12. September, abends 8 Uhr, im Eintrachtsaal der bekannte Okultist und Hellseher Erik Jan Svanussen zum ersten Male in Karlsruhe zur Vorführung bringen und wissenschaftlich erklären. Svanussens Experimente rufen überall größtes Erstaunen hervor. Niemand sollte veräumen, diesen interessanten Experimentavortrag zu besuchen. — Karten sind im Vorverkauf bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 81 (unmittelbar neben dem Münzischen Konservatorium) sowie an der Abendkasse im Eintrachtsaal zu haben.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Unter dem Einflusse des inzwischen etwas nach Osten verlagerten mitteleuropäischen Hochdruckgebietes hat das heitere und trockene Wetter geteilt angehalten. Ein weit nach Süden reichender Ausläufer einer nordöstlich Island liegenden Zyklone hat heute früh die französische Küste erreicht und bis zum Rhein vorübergehend leichte Bewölkung hervorgerufen. Da der Ausläufer auf seinem Kurs nach Nordosten unser Gebiet nur streifen wird, ist außer Erwärmung bei südlichen Winden keine Änderung des allgemeinen Witterungscharakters zu erwarten. Strichweise kann es auch zu Gewittern kommen. Wetterausichten: Zunehmende Erwärmung und vielfach heiter bei südlichen Winden, örtliche Gewitter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	12. September		11. September	
	Ge. o.	De. o.	Ge. o.	De. o.
Amsterdam 100 G.	168.21	168.55	168.20	168.54
Kopenhagen 100 Kr.	111.74	111.96	111.72	111.94
Italien . . . 100 L.	21.956	21.995	21.945	21.985
London . . . 1 Pf.	20.347	20.387	20.346	20.386
New York . . 1 D.	4.168	4.206	4.197	4.205
Paris . . . 100 Fr.	16.42	16.46	16.415	16.455
Schweiz . . . 100 Fr.	80.84	81.00	80.825	80.985
Wien 100 Schilling	59.08	59.20	59.08	59.20
Prag . . . 100 Kr.	12.42	12.44	12.42	12.44

Die Tarifierhöhung für ausländische Kohlen

Vor kurzem hatte bekanntlich eine in Mannheim sitzgefundene Versammlung des Schuhrverbandes des freien Kohlenhandels, an der Vertreter aus mehreren führenden süddeutschen Städten teilnahmen, eine Protestentscheidung gegen die Tarifierhöhung für ausländische Steinkohlen gefaßt. Sie wandte sich gegen die Absicht der Reichsbahn, ab 1. Oktober die Fracht für Kohlen zu ändern, und zwar Steinkohlen im Versand von Wasserumschlagplätzen nicht mehr nach Ausnahmetarif 6, sondern nach der Tarifklasse F abzufertigen. Wie in einer neuen Mitgliederversammlung des Schuhrverbandes des freien Kohlenhandels, zu der wiederum zahlreiche auswärtige Vertreter zugegen waren, festgesetzt wurde, hat sich bisher der Badische Industrie- und Handelstag bereit erklärt, auf Wunsch des badischen Innenministeriums die Frage eingehend zu prüfen. Daneben wird der Handelschuhverband weitere Schritte zur Durchbringung seines Protestes bei der Reichsbahn-Gesellschaft unternehmen. Zu diesem Zweck wurde ein besonderer Ausschuß eingesetzt, der die Vorarbeiten zu den entscheidenden Maßnahmen treffen soll.

Die Reichsbahn-Gesellschaft hat nämlich auf das Protestschreiben des Schuhrverbandes folgendes Antwortschreiben übermittelt:

„In der uns überbrachten Entscheidung sind keine Tatsachen enthalten, die nicht vor Anordnung der Tarifänderung uns bekannt gewesen und bei unserer Entscheidung gewürdigt wären, oder die uns einen Anlaß geben könnten, die Änderung des Ausnahmetarifs 6 rückgängig zu machen. Eine mündliche Aussprache in dieser Angelegenheit hatten wir hiermit für zwecklos. Wir bemerken noch, daß durch die Streichung der Wasserumschlagplätze im Ausnahmetarif 6 dieser Tarif wieder auf seinen früheren Geltungsbereich — Versand von den Kohlenbergwerkstätten — zurückgeführt wird. Damit ist nur eine Maßnahme durchgeführt worden, die bereits bei Aufnahme der Wasserumschlagplätze in den Ausnahmetarif 6 am 1. Oktober 1919 für den Zeitpunkt in Aussicht genommen war, an dem die Bindungen des Pariser Vertrages, und die wirtschaftliche Voraussetzung für die Einbeziehung der Wasserumschlagplätze — Kohlenmangel in Deutschland — gefallen wären.“

In der Versammlung wurde — so wird aus Mannheim berichtet — mehrfach zum Ausdruck gebracht, auf diesen Bescheid der Reichsbahn mit einem scharfen Protest zu antworten, in dem die Ansichten des Schuhrverbandes des freien Kohlenhandels eingehend begründet werden sollen. Außerdem beabsichtigt der Schuhrverband, bei der Reichsbahn persönlich vorstellig zu werden. Auch will man sich eventuell beim Besuch des Reichsrats in Mannheim an diesen wenden. Allen süddeutschen Regierungen soll die Begründung dieses Protestes überhandt werden, ebenso den süddeutschen Landtagsabgeordneten. Der Vorbereitungsausschuß der Protestentscheidung wird bei seinen Arbeiten von dem Paragraphen 22 des Gesetzes betreffend den Staatsvertrag über den Übergang der Staatseisenbahnen auf das Reich vom 1. April 1920 ausgehen.

Königliche Illustrierte Zeitung. Zepelin über Asien.

Die ersten Aufnahmen, die an Bord des Luftschiffes während der Weltreise gemacht worden sind, veröffentlicht die Königliche Illustrierte Zeitung in ihrem neuen Heft. Wir sehen das Luftschiff in der ungeheuren Einöde Sibiriens, über brennenden Wäldern, über der Hauptstadt Japans, Cäner in Tokio und weiter den Schatten des Niesen über den Wüsten Arizonas und über der amerikanischen Millionenstadt Chicago. Nur diese Bilder, die von einem Sonderberichterstatter an Bord gemacht worden sind, vermögen einen Eindruck von dieser Wunderfahrt um die Welt zu vermitteln. Aufnahmen aus Friedrichshafen zeigen die glückliche Heimkehr und Festesfreude der Deutschen über den gelungenen Flug.

Gemeinderundschau
Gaggenauer Herbsttage

Gaggenau, das reizende Murgtalstädtchen mit seinen neuzeitlichen Einrichtungen, rüstet in diesem herrlichen Herbst zu einer großen Obstbau-, Handels- und Gewerbeausstellung, die in der Zeit vom 20. bis 24. September auf dem idealen Ausstellungsgelände in und bei der großen Turnhalle stattfindet. Die Obstschau soll eine belehrende Veranstaltung werden, durch die eine Grundlage für den gesamten Obstbau des Murgtales geschaffen wird. Fünf Vorträge werden dabei gegeben. Mit dieser Musterchau fällt zeitlich der Herbstmarkt zusammen, der sich im Laufe der Jahre zum größten Volksfest des Murgtales entwickelt hat. Die Originalität der Veranstaltung mit ihrem durchaus familiären Charakter, bei Schweine-rippchen und neuem Sauerkraut, wird auch in diesem Jahre wieder für viele Fremde aus nah und fern Veranlassung sein, die Gaggenauer Herbsttage, insbesondere den Jahrmarschtag, 22. September, zu besuchen.

Der Bürgerausschuß Rheinsheim (Amt Bruchsal) hat den Gemeindehaushalt für 1929/30 mit 35 gegen 6 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen genehmigt.

Einigung in der Lehrer Bürgermeisterei. In einer Sitzung des Stadtrats und der Kommission zur Vorbereitung der Bürgermeisterwahl in Laub ist es zu einer Einigung über die Kandidatenfrage gekommen. Dem Bürgerausschuß wird ein Kandidat zur Wahl vorgeschlagen werden.

Um die Elzalbahn. Seit langem wird von der Handelskammer Freiburg außerordentlich energisch für den Ausbau der Elzalbahn über Elzach hinaus nach Hausach Propaganda gemacht, wodurch endlich die isolierte Lage Freiburgs gegenüber dem übrigen Süddeutschland (Württemberg und Bayern) beseitigt würde. Die Handelskammer Freiburg hat zwei Kartenblätter hergestellt, auf denen die etwa 12 Kilometer lange Verbindungsstrecke Elzach-Hausach, die zu einem Anschluß Freiburgs nach Osten noch fehlt, eingezeichnet ist.

Der Bürgerausschuß Grafenhausen (Amt Bonndorf) genehmigte die Vorschläge für die Gesamtgemeinde sowie die für die Ortsgemeinden Grafenhausen-Eberbach und Langenfurt einstimmig. Die Umlage bleibt unverändert, jedoch wurde eine 25prozentige Erhöhung der Umlage für Betriebsvermögen, Gewerbebeitrag und Wald, soweit 10 000 RM Steuerwert ritten sind, beschlossen.

Der Bürgerausschuß Blumegg genehmigte den Gemeindehaushalt für 1929/30 mit 35 gegen 6 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen genehmigt. Die Gemeindeumlage konnte von 1,12 RM auf 0,82 RM, also um 0,30 RM ermäßigt werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

61d. Mannheim, 12. Sept. Die Landtagsabgeordnete Frau Kellorin Marie Rigel, konnte ihren 60. Geburtstag begehen. Frau Rigel war eine der ersten, die den Paragraphen, wonach weibliche Lehrkräfte nur für die vier Elementarlassen Verwendung finden sollten, praktisch durchbrochen. Ihre berufliche Tüchtigkeit und eine ausgesprochen soziale Gesinnung bahnten ihr die Wege. Die Zentrumspartei hat die Jubilarin für die kommenden Landtagswahlen auf ihre Wahlliste gesetzt.

D3. Pforzheim, 11. Sept. In den letzten Tagen wurden hier verschiedene Einbrüche in Verkaufshäusern begangen. Gestern gelang es nun einem Polizisten, die Einbrecher auf frischer Tat zu ertappen. Während ein Einbrecher flüchten konnte, wurde der andere festgenommen. Sie hatten im Kangerwald ein richtiges Diebeslager errichtet. Eine Menge Diebesgut, von auswärtigen Einbrüchen herrührend, wurde sicher gestellt. Es handelt sich um zwei reisende Einbrecher, die auswärts schon lange gesucht wurden.

Staatsanzeiger
Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruhefetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Ernannt:

Polizeiaffizient Richard Knecht in Mannheim zum Polizeisekretär der Fahndungspolizei in Mannheim.

Befördert:

Oberrevisor Adolf Gehring in Offenburg zum Bezirksamt Oberkirch.

Verstorben:

Professor Anton Albeder in Mannheim, am 4. September.
Professor Fritz Sauer an der Realschule in Badkirch, am 4. September 1929.
Professor Adolf Branner an der Realschule in Müllheim, am 3. September 1929.

Auszug aus den Personalveränderungen des Reichsheeres unter besonderer Berücksichtigung des Wehrkreiskommandos V

Mit dem 1. Oktober 1929 werden ernannt:

Oberst: Freiherr von Hammerlein-Equord, Abt.-Leiter im Reichsheermin., zum Chef des Heerespersonalamts;
Ritter von Mittelberger, Abt.-Leiter im Reichsheermin., zum Inspektor der Waffenschulen;
Erfurth, Chef des Stabes des Gruppenkommandos 1, zum Inf.-Führer II;
von Roques, Stab Inf.-Regt. 16, zum Kommandeur dieses Regiments.

Oberstleutnant: Reim, Reichsheermin., zum Kommandanten von Ulm;

Glocke, Stab des Gruppenkommandos 2, zum Kommandeur des II. Inf.-Regts. 18;

Nolte, Reiter-Regt. 16, zum Kommandanten von Hannover;

von Neidmann, Kommandeur der Nachr.-Abt. 5, zum Chef des Stabes der Inspektion der Nachr.-Truppen;

Major: Lichel, Stab des Gruppenkommandos 2, zum Kommandeur des II. Btlts. Inf.-Regt. 10;

Baton von Uebeberg, Nachr.-Abt. 5, zum Kommandeur dieser Abteilung.

Mit dem 30. September 1929 scheiden aus:

Oberst: Friß, Kommandant von Ulm;
Knoß, Stab des Gruppenkommandos 2.

Mit dem 1. Oktober 1929 werden versetzt:

Oberstleutnant: Freiherr Raß von Freyß, Kommandeur der Kraftf.-Abt. 4, in den Stab des Gruppenkommandos 2;

Major: von Brodowski, Stab der 1. Kav.-Div., in das Reiter-Regt. 16;

Hauptmann: Braun, Stab des Inf.-Führers V, in das Reichsheermin.;

Drum, Inf.-Regt. 14, in das Reichsheermin.;

Dr.-Ing. Koeber, Art.-Regt. 5, in das Reichsheermin.;

Hommel, Inf.-Regt. 13, zur Inf.-Schule;

Seeger, Inf.-Regt. 13, in den Stab des Inf.-Führers V;

Ritter von Thoma, Kraftf.-Abt. 7, in den Stab des Gruppenkommandos 2;

Rittmeister: Müller, Reiter-Regt. 16, in das Reiter-Regt. 12;
Oberleutnant: Kramer, Stab der 5. Div., i. d. Reiter-Regt. 13;
Leutnant: Bonach, Fahr.-Abt. 4, in die Fahr.-Abt. 5;
Klingpor, Fahr.-Abt. 5, in die Fahr.-Abt. 4.

1899 **30 Jahre** 1929

Qualitäts-Möbel

HOLZ-GUTMANN

Großer Jubiläums-Verkauf zu Sonderpreisen

Sehenswerte Ausstellung von über 200 Zimmern u. Küchen

KARLSTR. 30

Unverbindliche Besichtigung erbeten
Günstige Bedingungen / Ratenaufabkommen

Detektiv -Institut u. Privat-Rückunftel
„Argus“ Mannheim
O G. G. Planken
Selbstanschluß 33305
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Möblierte 3 Z.-Wohn.
in Neubau, elegant eingerichtet, bestehend aus Herren-, Ehe-, Schlaf-, Küche u. Zubehör. Nähe Bahnhof u. Stadtgarten, preiswert zu vermieten. Offerten unter Nr. 797 an die Geschäftsstelle des Blattes.

COLOSSEUM
TÄGLICH 8 UHR
GASTSPIEL
Millowitsch

Pflasterarbeiten.
Auf Grund der Reichsverordnungsordnung für Bauleistungen (VOB) haben wir nachstehende Lieferungen und Leistungen im öffentlichen Wettbewerb zu vergeben.
Pflasterung der Landstraße 49 km 4,882 bis km 5,780 in Brombach
Los I. Herstellen des Pflasterfundaments 2200 Quadratmeter, Pflasterarbeiten: 2000 qm Kleinpflaster und 250 qm Rinnpflaster mit Sandlieferung.
Los II. Herstellen des Pflasterfundaments 3300 Quadratmeter, Pflasterarbeiten: 3000 qm Kleinpflaster und 500 qm Rinnpflaster.
Zeichnungen und Bedingungen liegen auf dem Bauamt auf, woselbst Leistungsverzeichnisse abgegeben werden. Angebote, zu 1 RM erhältlich, sind verschlossen, portofrei und mit der Aufschrift „Pflasterung Brombach“ bis Samstag, den 21. September 1929, vorm. 11 Uhr, an das Bauamt einzureichen. Zuschlagsfrist 2 Wochen. Bad. Wasser- und Straßenbauamt.

Badische Bank
Mannheim — Karlsruhe 571
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Badische Lokal-Eisenbahnen A.-G., Karlsruhe

Bilanz auf den 31. Dezember 1928

Vermögen:	RM	RM	Verbindlichkeiten:	RM	RM
Kasse		4 750,56	Stückkapital		900 000,—
Wertpapiere		94,10	Anleiheschuld		973 800,—
Bahnanlagen:			Anleihezinßen		6 726,60
Albtalbahn	2 497 758,79		Erneuerungsfonds		85 554,58
Bruchsal-Hilsbach			Konzeßionsmäßige Reserverfonds		26 467,61
Wenzingen	453 170,88		Bilanzreservefonds		24 852,33
Bühlertalbahn	111 649,20		Rückste		412 921,46
Neckarbischofsheim			Verkehrsschulden		219 776,63
Hüffenhardt	215 011,48		Verschiedene Verbindlichkeiten		2 389 790,71
Wiesloch-Neckesheim					
Waldangelloch	622 836,13	3 900 426,48			
Materialvorräte:					
Albtalbahn	344 474,18				
Bruchsal-Hilsbach					
Wenzingen	12 896,75				
Bühlertalbahn	5 128,27				
Neckarbischofsheim					
Hüffenhardt	4 096,82				
Wiesloch-Neckesheim	12 021,72	378 617,74			
Waldangelloch					
Verschiedene Ausstände		451 712,44			
Geschäftseinrichtung		1,—			
Gewinn- und Verlustrechnung		304 287,60			
		5 039 889,92			5 039 889,92

Gewinn- und Verlustrechnung 1928

Soll:	RM	Haben:	RM
Vortrag von 1927	23 866,69	Verschiedene Verbindlichkeiten:	
Anleihezinßen 1928	48 690,—	Entnahme zur Deckung des Verlustes aus 1927	23 866,69
Geschäftskosten	21 514,73	Reise Heidelberg und Mosbach:	
Zinsen	120 979,59	Zuschüsse zum Betriebsverlust der Ned.-Huff. Bahn für 1926 und 1927	24 000,—
Betriebszuschuß:		für 1928	12 000,—
an Albtalbahn	173 341,90	Betriebsüberschuß:	
an Neckarbischofsheim-Hüffenhardt	30 056,05	der Bruchsal-Hilsbach-Wenzinger Bahn	25 843,66
an Wiesloch-Neckesheim-Waldangelloch	8 627,35	der Bühlertalbahn	37 078,26
		Verlust (Zuschußbedarf)	304 287,60
			427 076,21

Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung auf 31. Dezember 1928. Es wurde beschlossen, den Verlust von 304 287,60 RM zu decken durch Verwendung von 104 287,60 RM vorhandener Reserven und 200 000,— RM auf neue Rechnung vorzutragen. Von einer Satzungsänderung wurde abgesehen. Der Gesamtbestand der im Umlauf befindlichen Genüßrechte unserer Obligationen betrug am 31. Dezember 1928 437 100,— RM

Badische Lokal-Eisenbahnen A. G.
Der Vorstand. 794

Sommeroperette
im Städt. Konzerthaus

Letzte 2 Tage
jeweils 20 Uhr

Donnerstag, 12. September
Volksvorstellung zu ermäßigten Preisen (0,90—3,00 RM.)

Der liebe Augustin
mit Taneinlagen der Tanzgruppe Liesl Subr

Freitag, 13. September
Letzte Vorstellung der Spielzeit!
Auf allgemeinen Wunsch!

Schwarzwaldmädel
mit Marita Prach a.G.
Gewöhnliche Preise (1,20—4,50 RM.)